

JOCHEN BUTT-POŚNIK

Heimat – Wer braucht sie und wenn ja, wie viele?

Eine Weihnachtsfeier irgendwo im Rheinland: Zwei Dutzend Menschen tanzen und singen ausgelassen zu rheinischem Liedgut. Das kölsche Lebensgefühl, die Mundart und Musik spricht die Gruppe der mehrheitlich Zugezogenen merklich an. Dieses Heimatgefühl scheint (trotz Dialekt) auch für Menschen aus anderen Teilen Deutschlands sowie für Menschen mit Migrationsgeschichte anschlussfähig zu sein; eine Integrationsleistung wird nicht vorab erwartet. Im Gegenteil, die Narration, wie sie in Liedern wie »Unse Stammbaum« von den »Bläck Fööss« verbreitet wird, schließt Diversität ausdrücklich ein.

Ob dies musikalisch dem Geschmack des ehemaligen AfD-Vorsitzenden Alexander Gauland entspricht, war für diesen Artikel nicht zu ermitteln. Seine Kritik an den »Globalisten« als Menschen, deren »Bindung [...] an ihr jeweiliges Heimatland schwach ist« (Gauland 2018), deutet jedoch auf einen völkisch-homogenen Heimatbegriff hin. Gegen die »Heimat« der Einwanderungsgesellschaft stellt er die angeblichen Bedürfnisse von Bevölkerungsschichten, »für die Heimat noch immer ein Wert an sich ist und die als Erste ihre Heimat verlieren, weil es ihr Milieu ist, in das die Einwanderer strömen« (ebd.).

Heimat ist im deutschsprachigen Diskurs umkämpft. Es stehen sich auf den Polen dieses Diskurses gegenüber: ein Heimatbegriff, der Vielfalt zulässt, Zugewanderten Mehrfachidentitäten und *Heimaten* ermöglicht und sich für europäischen Austausch und Globalisierung öffnet. Und die *Heimat* der Gaulands, Höckes und anderen, die auf Ausschließung, Grenzziehung zwischen »uns« und »den Anderen« und völkisch-nationalistische Homogenisierung abzielt. Und dazwischen vielfältige Abstufungen und Versuche, die Bedeutung von *Heimat* an die Realität des 21. Jahrhunderts anzupassen. Der 10. Kulturpolitische Bundeskongress der Kulturpolitischen Gesellschaft und die Beiträge in diesem Jahrbuch nehmen mit vielfältigen Beiträgen diesen Diskurs auf. Dabei liegen Positionen, wie die völlige Aufgabe des

Heimatbegriffs unter anderem aufgrund seiner Blindheit für postkoloniale Implikationen (vgl. Ayata 2019: 40–42) und die »Arbeit für und an Beheimatung« (Thierse 2019: 45) weit auseinander. In einer pluralen und sich scheinbar immer weiter in nur noch lose verbundene Lager aufspaltenden Gesellschaft scheinen Übereinkünfte kaum noch möglich.

Mit dem vorliegenden Text stellt der Autor die Frage: »Wer braucht Heimat und wenn ja, wie viele?« Dem Text liegt das Interesse zugrunde, trotz der Tatsache, dass der »Phantomsschmerz« des Verlustes der Heimat (vgl. Schüle 2019: 11) gesellschaftlich höchst ungleich verteilt ist, Gesellschaft als Ganzes zu adressieren und dem Zerfall in verfeindete Camps zu begegnen. Dazu werden einige der (auch in diesem Jahrbuch abgebildeten) Positionen im aktuellen Heimatdiskurs mit Ergebnissen aus einer Studie zu politischen Haltungen gesellschaftlicher Großgruppen in Deutschland in Bezug gesetzt. Als Ergebnis deuten sich Möglichkeiten an, wie der Heimatdiskurs politisch-praktisch gewendet und damit der Deutungshoheit der Rechtsradikalen entzogen werden könnte.

In der Studie »Die andere deutsche Teilung«¹ der internationalen Initiative »More in Common«² wurden über 4.000 Menschen in Deutschland mittels quantitativer und qualitativer Methoden befragt. Entsprechend ihrer Antworten wurden sie auf Basis ihrer subjektiven Verortung in der Gesellschaft, ihrer Perspektive auf das Land und einer Reihe stabiler Grundüberzeugungen sechs etwa gleichgroßen Gruppen zugeordnet.

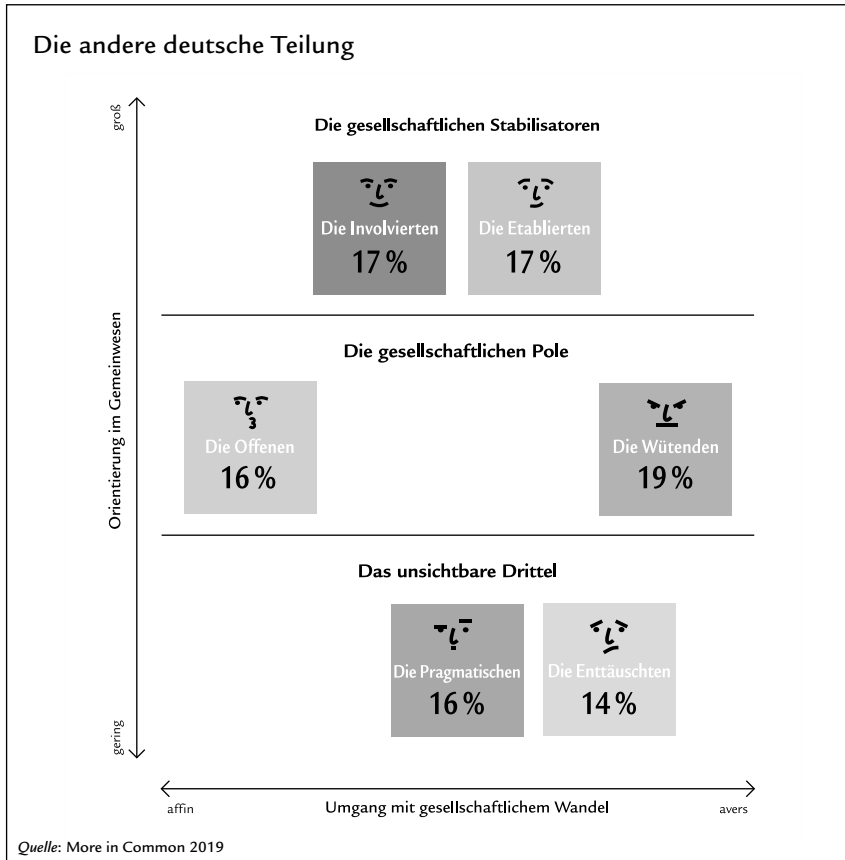
So wirken die »Involvierten« und »Etablierten« in Deutschland als Stabilisator*innen der Gesellschaft (und verhindern bisher noch Entwicklungen wie in den USA unter Trump oder dem Vereinigten Königreich). In einer stark polarisierten Auseinandersetzung über die Ausrichtung der Gesellschaft vor allem in Bezug auf Themen wie Migration, Klima, Feminismus befinden sich die »Offenen« und die »Wütenden«. Das in der Studie als »Unsichtbares Drittel« gekennzeichnete Segment der »Pragmatischen« und »Enttäuschten« sei dagegen geprägt von Ohnmachtserfahrungen, Einsamkeit und politischer Distanz.

Interessant ist an der Untersuchung, die politikwissenschaftliche und sozialpsychologische Ansätze zusammenführt, dass sie herkömmliche sozioökonomische und demografische Erklärungen für unzureichend hält, um Fragen nach dem gesellschaftlichen Zusammenhalt zu klären. Sie untersuchte deshalb vor allem den Einfluss autoritärer Haltungen auf die politisch-gesellschaftlichen Einstellungen der Befragten.

Wenn es zutrifft, dass Heimat zum einen Kohärenz, also einen »sinnstiftenden Einklang eines Individuums mit seiner Umwelt [...] und darüber hinaus [...] ein Versprechen auf die Reduktion von Komplexität« (Schüle 2019: 11) gibt, erscheint es logisch, dass verschiedene gesellschaftliche Großgruppen unterschiedliche Bedürfnisse haben, sich mittels einer emotionalen Bindung an *Heimat* Halt zu geben.

1 Mehr dazu siehe <https://www.dieandereiteilung.de/> (letzter Zugriff: 21.2.2020)

2 Die Initiative wird u.a. von der Robert-Bosch-Stiftung, der Open Society Foundation und der Ford Foundation gefördert: <https://www.moreincommon.de/uber-uns/unterstuetzer-und-finanzierung/> (letzter Zugriff: 21.2.2020).



Heimat wurde von Georg Seeßlen und Markus Metz auf dem Kulturpolitischen Bundeskongress unter anderem als Chiffre für Vertrauen gefasst, als »Gewissheit, dass es die Menschen, die Welt, das Universum im Wesentlichen gut mit einem meinen« (Metz / Seeßlen 2019: 11 f.). Diese Gewissheit dürfte bei den Typengruppen der »Involvierten«, »Offenen« und »Etablierten« aufgrund eher positiver Erfahrungen von Gestaltungsmacht in Bereichen wie Arbeit, Karriere, gesellschaftliche und politische Teilhabe gut ausgeprägt sein. Für viele »Enttäuschte« und »Wütende« sind es aber vor allem tatsächliche oder gefühlte Verlusterfahrungen und Ängste, die sie mit dem sich vor aller Augen abspielenden gesellschaftlichen Transformationsprozess verbinden. Die Studienmacher attestieren zudem, dass der »Glaube, das eigene Schicksal selbst in der Hand zu haben, bei den Pragmatischen und den Enttäuschten besonders schwach« (More in Common 2019) ausgeprägt ist. Die »Wütenden« werden von »More in Common« als Menschen beschrieben, »die Kontrolle und nationale Ordnung schätzen, wütend aufs System sind und Menschen generell eher misstrauen« (ebd.). Damit sind sie eine ideale

Zielgruppe für die derzeit von der AfD und der mit ihr verbundenen Neuen Rechten revitalisierten Heimatdiskurse:

»So gut wie alle politischen Ideen und Interpretationen, die neuerdings aufgeboten werden, um Heimat zu schützen, zu bewahren und zu verteidigen, lassen sich auf einen Kernbegriff reduzieren: Kontrolle. [...] Die Idee der Revolte nationalistischer oder chauvinistischer Parteien, Gruppen oder Politiker*innen basiert auf ebendieser Begründungskette: Verlustangst, Kontrollsehnsucht, Homogenitätsbehauptung, Identitätskonstruktion.« (Schüle 2019: 13)

Unabhängig von politischen Haltungen gibt es natürlich handfeste sozioökonomische Gründe, gesellschaftlichen Transformationsprozessen skeptisch gegenüber zu stehen. Dem »Strukturwandel von der alten industriellen Ökonomie zum Kulturkapitalismus und der Ökonomie der Singularitäten mit der creative economy als Leitbranche« (Reckwitz 2019: 19–23) und der Digitalisierung werden in Zukunft voraussichtlich viele Arbeitsstellen zum Opfer fallen. Berufsbiografien, Status und Privilegien sind bedroht. Viele Ostdeutsche, die gerade erst einen 30 Jahre währenden Transformationsprozess mit vielen individuellen Verlusten und Abstiegen erlebt haben, reagieren mit Ablehnung auf die nächsten Anpassungsanforderungen. Unsicherheit ist die neue verlässliche Konstante – noch gar nicht einbezogen, welche Verwerfungen der Klimawandel in den nächsten Jahrzehnten mit sich bringen könnte. Derzeit vollzieht sich auf der sozioökonomischen Ebene eine Vertiefung gesellschaftlicher Spaltungen, die sich wiederum mit Reckwitz als Drei-Klassen-Gesellschaft darstellt: »einer aufsteigenden, hochqualifizierten neuen Mittelklasse von Akademikern, einer stagnierenden alten traditionellen Mittelklasse und einer absteigenden neuen Unterklasse oder prekären Klasse« (ebd.). Dazu kommt das nicht nur sprichwörtliche »obere eine Prozent«, zu dessen Gunsten in den letzten Jahren nicht nur in Deutschland eine gigantische Reichtumsverschiebung stattgefunden hat. Gründe gibt es also genug, dass sich Teile der Gesellschaft zu einem imaginierten Zustand von Sicherheit und Kontrolle zurücksehnen. Eine derartig begründete Sehnsucht nach dem »Schwundbegriff« (Diner 2019: 57) Heimat, tritt »gehäuft dann auf, wenn das, was mit [seiner] Verwendung zum Ausdruck gebracht werden soll, recht eigentlich bereits in einem Zustand des Verfalls, des Vergehens, des Verschwindens begriffen ist« (ebd.). Was sind die Optionen, nicht nur den Heimatdiskurs, sondern die hier skizzierten zugrundeliegenden emotionalen und sozioökonomischen Bedürfnisse unterschiedlicher Bevölkerungsgruppen zu adressieren?

Wie umgehen mit Heimat? Verschiedene Diskursbeiträge und ihre Anschlussfähigkeit für gesellschaftliche Großgruppen

»De-Heimatize« – Bilgin Ayata (Universität Basel) fasste in ihrem Beitrag auf dem Bundeskongress unter diesem Begriff ihre Kritik an der Revitalisierung des Heimatdiskurses zusammen. »Heimat ist ein Raum, der frei von (Selbst)kritik und

Konflikten ist und wohl gerade deshalb gestern und heute so attraktiv bleibt« (Ayata 2019: 41). Sie sieht Aspekte der deutschen Kolonialgeschichte, Rassismus und das europäische Verhältnis zu Afrika zum Beispiel im Umgang mit Geflüchteten im Mittelmeer als ausgeblendet und dem Verständnis entzogen. Der Fokus auf Heimat in diesem Zusammenhang wird »immer dann als eine Art Gegenströmung wiederbelebt, wenn eine »tiefgreifende Verschiebung in der Selbstdefinition von Deutschland als Nation« stattfindet« (ebd.), wie sie es mit Verweis auf Peter Blickle formuliert. Ihr Schluss: Es ist vergebene Liebesmüh, den Heimatbegriff pluralisieren zu wollen. Er kann nur dekonstruiert werden. Kann das eine befriedigende Antwort auf die Versuche von rechts sein, Heimat (wieder) als homogenes und abschließendes Konzept mehrheitsfähig zu machen? Eher erscheint »Deheimatizing« als Standortbestimmung der »Offenen« und »Involvierten«: Wir benötigen keinen abgeschlossenen Heimatbegriff; er wird unserer Diversität und Welt-offenheit nicht gerecht. Die Frontstellung zur Heimat à la Gauland ist evident.

Taugt Europa als *Heimatort*? Ulrike Guérot schreibt in ihrem Buch »Wie hältst Du's mit Europa?«, dass der neuen Europaliebe, wie sie sich mit »Pulse of Europe« seit Ende 2016 auf der Straße zeigt, auf der politischen Ebene seit mehr als 20 Jahren ein fatales Handeln der deutschen Regierungen gegenüberstehe. Dieses treibe kaum noch ein europäisches Projekt voran, sondern verfolge schlicht im Rahmen der EU deutsche Interessen – oft ohne Rücksicht auf Verluste bei den europäischen Nachbarn. Wie soll ein derart entkerntes, undemokratisches und (wenn wir an die Situation an den europäischen Außengrenzen und im Mittelmeer denken) seine Werte verratendes Europa zu einem Heimatort werden, der Menschen etwas bedeutet? Guérot spitzt es auf die Frage zu: »ob Europa nur als Geschäftsmodell fungiert, und zwar inzwischen als eins, das, im Gegensatz zur Anfangsphase des Binnenmarktes, den europäischen Bürgerinnen und Bürgern eher schadet als nützt?« (Guérot 2019a: 149).

Auch wenn Guérot dem Heimatdiskurs skeptisch gegenübersteht³, bringt sie als sowohl emotionale wie politische Einheit die Region unter dem Dach einer gemeinsamen Europäischen Republik ins Spiel. Die 50 bis 60 historischen Regionen Europas, wie die Wallonie, Franken, die Bretagne und so weiter würden politische Teile einer europäischen Föderation sein; die Nationalstaaten gehörten in dieser politischen Utopie (vgl. Guérot 2016: 147 f.) dekonstruiert. Auch als emotionaler Bezugspunkt fungieren nach Guérot die Regionen und müssten in einem geeinten Europa keinen Identitätsverlust bedeuten. Die Frage bleibt, ob die Verbindung von regionaler und europäischer Identität auch gesellschaftliche Gruppen wie die »Wütenden« ansprechen kann, die wie oben beschrieben, eher durch autoritäre, nationalistische und kontrollfixierte Haltungen beschrieben werden.

3 »Festzuhalten bleibt, dass in dem – teilweise inszenierten – anschwellenden Bocksgesang über Leitkultur, Identität, Heimat und Nation doch eine Menge heiße Luft zu stecken scheint, Deutschsein, Nation oder Heimat, alles nicht dingfest zu machen. Die neuen Beamten im Innenministerium sind darum nicht zu beneiden.« (Guérot 2019 b: 42 f.)

Mehrheimisch statt Heimat: Tunay Önder (2018) geht einen anderen Weg und erweitert den Heimatbegriff – für die Bewohner*innen Deutschlands mit Migrationsgeschichte führt sie den Begriff »Mehrheimische« ein. Dieser Begriff beschreibt die Lebensrealitäten vieler Bevölkerungsgruppen: berufliche Mobilität, »Wahlheimaten« und emotionale Verbundenheit mit temporären Aufenthalts- oder Sehnsuchtsorten gehören zu vielen Biografien quer zu sozioökonomischer Realität, gesellschaftspolitischer Haltung und besteht oft auch unabhängig von eigener Migrationserfahrung. Hier könnte ein brauchbarer Zugang und Begriff entstanden sein, in dem Zugehörigkeit, lokale Verbundenheiten, die eingegangen und wieder aufgeweicht werden können sowie Diversität aufgehoben sind. Der Begriff passt zum »pragmatischen« (siehe oben) deutsch-türkischen Kleinunternehmer, zur »offenen« Erasmus-Studentin, die mittlerweile schon drei europäische Wohnorte in ihr Herz geschlossen hat, genauso wie zum möglicherweise »wütenden« emsländischen Autobauer, der jahrelang zur Arbeit nach Süddeutschland pendelt.

Jenseits von Heimat und Herkunft liegt in diesem Diskurs übrigens die auch von der Studie »Die andere deutsche Teilung« angemahnte Notwendigkeit der Förderung des gesellschaftlichen Zusammenhaltes:

»Keiner der gesellschaftlichen Typen hat auch nur annähernd eine Mehrheit. Dies bedeutet, dass gesellschaftlicher Zusammenhalt nur gelingen kann, wenn Menschen mit unterschiedlichen Wertefundamenten und Perspektiven miteinander auskommen, Gemeinsamkeiten und Unterschiede anerkennen, Raum für produktive Diskussionen finden – und wenn sie an der Aushandlung der Zukunft ihres Landes beteiligt werden.« (More in Common 2019)

Der Philosoph Axel Honneth schrieb bereits 1994, Menschen bedürften

»einer sozialen Wertschätzung, wie sie nur auf der Basis gemeinsam geteilter Zielsetzungen erfolgen kann«. Im Innersten zusammen hält die Gesellschaft demnach also nicht Tradition, die als gemeinsamer Besitz definiert wäre, sondern das, was gemeinsam erreicht werden soll. Kurz gesagt: Für den gesellschaftlichen Zusammenhalt ist Zukunft wichtiger als Herkunft.« (Axel Honneth, zit. nach Probst 2019)

Der Auflösung von Heimat mit Gemeinschaftsangeboten begegnen!

Die Sehnsucht nach Heimat ist in erster Linie eine Suche nach Verbindung. Der Mensch als soziales Wesen und als Wesen überhaupt kann ohne die Verbindung mit anderen Menschen nicht gedeihen. Harald Welzer schrieb im letzten »Jahrbuch für Kulturpolitik 2018«:

»Heimat ist nach meiner Definition dort, wo es nicht egal ist, ob es mich gibt. Es gibt natürlich Personengruppen, die sind in der Lage, ihre eigene soziale Realität ortlos zu realisieren. [...] Aber es besteht die Gefahr, dass andere diesem frequenten Lebensstil [...] nicht folgen und ihre Verankerung in der Gesellschaft nicht mehr finden können.« (Welzer 2018: 166)

Die soziale Teilnahmslosigkeit der neoliberalen Gesellschaft, die noch ihr Gesellschaft-Sein negiert (»There's no such thing as society«, Margaret Thatcher 1987) hat den Nährboden für vielfältige rückwärtsgewandte Verbindungsversuche bereitet. Es ist daher nicht zufällig, dass in den Mutterländern der Deregulierung und weitgehend schutzlosen Preisgabe des Menschen an den Markt das Zerfallen der modernen Gesellschaft in feindliche Camps am weitesten fortgeschritten ist. Wie in diesem Beitrag angedeutet werden sollte, ist der Bedarf nach Formen der *Vergesellschaftung* in den unterschiedlichen Großgruppen in der deutschen Gesellschaft vielfältig. Es existieren Formen der Gemeinschaftsbildung nebeneinander, die dem sozialen und Bildungskapital, der Mobilität und dem kulturellen Erfahrungsschatz angepasst sind. Diese reichen von Erasmus-Erfahrungen, die es machbar und attraktiv erscheinen, seine Verbindungen transnational zu gestalten bis hin zur Bindung an ein Dorf mit seinem je individuell erreichbaren Umkreis, das sich über Begrenztheit und Überschaubarkeit definiert. Zur Reduktion von Komplexität tragen alle diese Formen der Vergesellschaftung bei: Sie werden mit Identität und Bedeutung aufgeladen, sie verleihen dem Individuum Status und Definierbarkeit. Sie können fast alle »mehrheimisch« gedeutet werden, zugleich werden einige davon von den Apologet*innen des Kulturkampfes um die Heimat mit falscher Eindeutigkeit und Abgrenzung aufgeladen.

Aus dem aufgezwungenen Kulturkampf der Rechtsradikalen auszusteigen würde praktisch bedeuten, verschiedene Formen der Bindungsgestaltung als solche wert zu schätzen und anzuerkennen: Nicht jeder Mensch muss Ortswechseln, Migration und Transformationsprozessen positiv gegenüberstehen und für seine beziehungsweise ihre persönliche Biografie Vorteile darin sehen. Die Welt bewegt sich eben nicht für alle Bevölkerungsgruppen im gleichen Tempo in Richtung der einen globalisierten Weltgesellschaft. Aber für alle Menschen müssen Freiräume und Andockmöglichkeiten bewahrt oder geschaffen werden, die es ihnen ermöglichen, mit anderen Menschen in Verbindung zu treten. Im Interesse des friedlichen Zusammenlebens der unterschiedlichen Teile einer sich immer weiter ausdifferenzierenden Gesellschaft auch über Ländergrenzen hinweg sollten Erfahrungen mit Andersartigkeit möglich sein und die eigenen Normalitätsvorstellungen hinterfragt werden können. Das können Austausch und Bürgerbegegnungen sein, das kann die ehrenamtliche Arbeit im Dorfladen oder der Stadtteilbibliothek sein, die Ausstellung im Heimatmuseum oder das Musikfestival. Der politische Rahmen durch Bund, Länder und EU als maßgebliche Förderer und Gesetzgeber benötigt dabei nicht den Rückgriff auf den Heimatbegriff. *Gemeinschaft* wäre ein tauglicherer und weniger toxischer Zugang zu den Fragen der guten Gestaltung von Lebensmöglichkeiten für alle Bürgerinnen und Bürger. In der offiziellen englischen Übersetzung des Bundesministeriums des Inneren, für Bau und Heimat als »Federal Ministry of the Interior, Building and Community« klingt dieses Verständnis durch.

Der Soziologe Heinz Bude bekräftigt den Schaden für den gesellschaftlichen Zusammenhalt, den 40 Jahre Neoliberalismus angerichtet haben und führt den Begriff »Solidarität« wieder als »große Idee« ein. Zu füllen bliebe die Leerstelle einer

»Idee einer »normalen Anständigkeit«, die Bindungen zwischen den Menschen schafft und Verpflichtungen für den einzelnen mit sich bringt« (Bude 2019).

Das beschreibt die Aufgabe perfekt. Zu beantworten ist die Frage: »Wer ist das ›Wir‹ in unseren zunehmend zerklüfteten Gesellschaften? [...] Ich glaube, wir sind mitten in einem Denkprozess, in dem wir eigentlich alle nur fassungslos auf diese Frage sehen und hilflos das legitime Gewaltmonopol suchen, wie Max Weber sagen würde, nämlich die politische Instanz, die das Gemeinwohl organisieren kann.« (Bude 2019) Eine Aufgabe der politischen Gestaltung des Gemeinwohls. Des Brückenbaus zwischen den auseinanderstrebenden Großgruppen mit Ressourcen, Dialogangeboten und verbindenden Ideen. Dafür wird der Heimatbegriff gleichberechtigt neben anderen Formen der Vergemeinschaftung stehen können. Jedoch nur, wenn er als »mehrheimischer« akzeptiert ist – und gegen den letztlich auf symbolische und tatsächliche Auslöschung der »Anderen« abzielenden Heimatbegriff der Rechtsradikalen innerhalb und außerhalb der AfD verteidigt wird.

Im Zeitraum der Verfassung dieses Artikels lagen: die rassistischen beziehungsweise antisemitischen Terroranschläge von Halle und Hanau, die Wahl des kurzzeitigen Thüringischen Ministerpräsidenten Kemmerich mit Hilfe der AfD und Vieles mehr.

Literatur

- Ayata, Bilgin (2019): »Deheimatize It«, in: *Kulturpolitische Mitteilungen*, Heft 166 (III/2019), S. 40–42
- Bude, Heinz (2019): »Ein heimatloser Antikapitalismus stiftet irre Allianzen«, in: *Tagesspiegel*, <https://www.tagesspiegel.de/politik/thueringen-wahl-2019-ein-heimatloser-antikapitalismus-stiftet-irre-allianzen/25159004.html> (letzter Zugriff: 10.3.2020)
- Diner, Dan (2019): »Identität« und Zugehörigkeit«, in: Gethmann, Carl Friedrich / Graf, Friedrich Wilhelm (Hrsg.) (2019): *Identität – Hass – Kultur*, Göttingen: Wallstein, S. 57
- Gauland, Alexander (2018): »Warum muss es Populismus sein?«, in: *FAZ*, <https://www.faz.net/aktuell/politik/inland/alexander-gauland-warum-muss-es-populismus-sein-15823206.html> (letzter Zugriff: 10.3.2020)
- Guérot, Ulrike (2020): »Uns wird das Denken abgenommen«, in: *DIE FURCHE*, <https://www.furche.at/feuilleton/philosophie/ulrike-guerot-uns-wird-das-denken-abgenommen-2216883> (letzter Zugriff: 10.3.2020)
- Guérot, Ulrike (2019 a): *Wie hältst Du's mit Europa?*, Stuttgart: Steidl
- Guérot, Ulrike (2019 b): *Was ist die Nation?*, Stuttgart: Steidl
- Guérot, Ulrike (2016): *Warum Europa eine Republik werden muss*, Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung
- Metz, Markus / Seeßlen, Georg (2019): *Der kritische Heimat-Abend. Veranstaltungsschrift anlässlich des Empfangs im Rahmen des 10. Kulturpolitischen Bundeskongresses in der Akademie der Künste am 27. 6. 2019*, Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung
- More in Common (2019): *Die andere deutsche Teilung: Zustand und Zukunftsfähigkeit unserer Gesellschaft*, <https://www.dieandererteilung.de/> (letzter Zugriff: 10.3.2020)
- Önder, Tunay (2018): »Kanakisiert euch!«, <https://www.mensch-westend.de/2018/08/20/6438/> (letzter Zugriff: 3.4.2020)
- Probst, Maximilian (2019): »Das unsichtbare Drittel«, in: *Die Zeit*, <https://www.zeit.de/2019/44/soziale-gerechtigkeit-more-in-common-studie-demokratie-emanzipation/komplettansicht> (letzter Zugriff: 10.3.2020)
- Reckwitz, Andreas (2019): »Das Ende der Illusionen«, in: *JUNGLE WORLD*, 23.1.2019, S. 19–23
- Schüle, Christian (2019): »Unsere ewige Sehnsucht nach Geborgenheit«, in: *Politische Bildung*, Heft 3/2019, S. 11
- Thierse, Wolfgang (2019): »Heimat.Heimaten. Hymat«, in: *Kulturpolitische Mitteilungen*, Heft 166 III/2019), S. 43–45
- Welzer, Harald (2018): »Weiterbauen am zivilisatorischen Projekt«, in: Blumenreich, Ulrike / Dengel, Sabine / Hippe, Wolfgang / Sievers, Norbert (Hrsg.): *Jahrbuch für Kulturpolitik 2017/2018*, Bielefeld: transcript, S. 166